



▪ Datenschutz nach dem  
Bundesdatenschutzgesetz (neu) und der  
-EU-Datenschutz-Grundverordnung

Dresden, 21.06.2018

Dr. Thomas Pudelko  
Datenschutzbeauftragter



- Zentrale Elemente des Datenschutzes
- Die Verordnung (EU) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) **EU-DSGVO** und das
- Datenschutz - Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU – (**DSAnpUG-EU**) sowie das
- Bundesdatenschutzgesetz (**BDSG**) *neu*
- Verortung dieser Elemente in der Organisation
- Sanktionen und Bußgelder



## Was unter Verarbeitung von Daten zu verstehen ist





Nur die Informationen über eine Person sammeln, die für die Durchführung der Arbeit notwendig sind (**Erforderlichkeit**)

Informationen nur für den Zweck verwenden, für die sie erhoben wurden (**Zweckbindung**)

Die Daten allen Dritten ggü. verschlossen halten; gegenüber den Betroffenen jedoch offenbaren welche Daten wofür wie und wo wie lange gespeichert werden (**Transparenz**)



Ist die Erhebung der Daten notwendig?

Ist die Erfassung der Daten notwendig?

Was passiert, wenn nicht?

Wie lange muss gespeichert werden?

Ist die Löschung gewährleistet?



Daten sind grundsätzlich bei den Betroffenen zu erheben

Der/die Betroffene ist über

- die Rechtsgrundlagen der Erhebung,
- den Erhebungszweck und
- den Zweck der Verarbeitung
- die Dauer der Speicherung aufzuklären



Daten sollten nur dann gespeichert werden, wenn dies für die konkrete Aufgabenerfüllung aktuell erforderlich ist.

Unter Datenspeicherung wird auch das Festhalten von Information in Akten oder anderer schriftlicher Weise verstanden.



Daten dürfen nur für den Zweck verwendet werden, für den sie erhoben wurden.

Z.B.

- Behandlung / Therapie
  - Veranstaltung
  - Ausbildung
  - Rundmail
  - Infoverteiler
  - Spenderliste
- etc.



Eine Übermittlung an Dritte ist immer dann zulässig, wenn der Betroffene eingewilligt hat.

„Betroffener“ ist derjenige, um dessen Daten es geht.

Die Einwilligung muss sich auf konkrete Informationen beziehen, kann also nicht pauschal gegeben werden.



In besonderen Fällen, wenn Mitarbeitern Informationen aufgrund einer besonderen persönlichen Vertrauensbeziehung anvertraut wurden, genießen diese gesteigerten Schutz (z.B. Therapeutisches Verhältnis)

Diese Bestimmung (§ 65 SGB VIII) geht allen anderen vor, die sonst eine Weitergabe rechtfertigen würden, auch z.B. der Mitteilungspflicht nach § 138 StGB



- Datenschutz – Leitlinien (Management/Verantwortlichkeiten)
- Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten
- Datenschutzfolgeabschätzung (Prozess)
- Zuständigkeiten für Datenschutz (DSB) (Verträge)
- Externe Datenverarbeitung (Auftragsdatenverarbeitung) (Prozess)
- Information der Personen, deren Daten erhoben werden (Verfahren)
- Auskunftsfähigkeit über Verarbeitungstätigkeiten (Prozess)
- Verfahren zur Überprüfung der Datensicherheit (Audit)
- Verfahren zum Umgang mit Datenschutzunfällen (Prozess)
- Regeln zur Schulung von Mitarbeiter\_inen/Mitgliedern in DS-Fragen



- Die Sicherheit der Daten muss durch geeignete technische Maßnahmen gewährleistet werden (IT)
- Beschäftigtendatenverarbeitung (Management/Verantwortlichkeiten)
- Recht auf Berichtigung (Management/Verantwortlichkeiten)
- Recht auf Löschen (Management/Verantwortlichkeiten)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Management/Verantwortlichkeiten)
- Automatisierte Entscheidungen
- DV zu wissenschaftlichen und statistischen Zwecken
- Zusammenarbeit der Datenschutzbehörden, Aufsicht
- Bußgelder (Management/Verantwortlichkeiten)



## Datenschutz – Leitlinien (Management/Verantwortlichkeiten)



### Festlegung von Zuständigkeiten

- in der Gesamtorganisation
- in den Teilorganisationen
- auf allen Ebenen

### Dies bedeutet:

- In jeder Organisationseinheit (Abteilung, Bereich, Team, Standort etc.) sind Personen zu benennen, die in ihrer Zuständigkeit auf DS und IT- Sicherheitsaspekte zu achten haben.
- Die Aspekte zur Sicherheit der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 32 EU – DSGVO) sind für die IT in der Organisation verbindlich zu regeln.
- Die Technikgestaltung der IT der Software ist datenschutzfreundlich zu gestalten und in einer DS – Leitlinie zu regeln



## Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten



Bisher: Internes Verfahrensverzeichnis

Änderungen zu den Anforderungen aus dem BDSG (alt)

- Es ist kein öffentliches Verfahrensverzeichnis mehr gefordert inwieweit das neue Verzeichnis nach außen sichtbar sein soll, ist unklar
- Die Bezüge zur nun gültigen Rechtsquelle (Art. 30 EU-DSGVO, § 70 BDSG neu ) muss auf allen Dokumenten deutlich sein.
- Die einzelnen erfassten Verfahren müssen die in Art. 30 EU-DSGVO geforderten Kategorien enthalten.

Die besonderen Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9 EU-DSGVO) (rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, Gewerkschaftszugehörigkeit) sind um Gesundheitsdaten, Sexualleben oder sexuelle Orientierung, genetische und biometrische Daten ergänzt worden.

Gleiches gilt für Daten über strafrechtliche Verurteilungen oder damit zusammenhängende Maßnahmen.

- Besteht bereits ein (altes) internes Verfahrensverzeichnis, muss dieses angepasst werden.



In der Organisation ist ein Verfahren zu installieren, das sicher stellt, dass im Falle eines neuen

Verfahrens/Vorganges/Geschäftsganges/Softwareeinführung etc. bei dem personenbezogene Daten

erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert, angepasst, verändert, ausgelesen, abgefragt, offengelegt, übermittelt, verbreitet, gelöscht, oder vernichtet werden sollen, die Rechte der entsprechenden Personen gewahrt werden, wenn dabei ein hohes Risiko besteht.\*

Hat die Organisation einen Datenschutzbeauftragten, so ist die Entsprechende Folgeabschätzung durch diese/n vorzunehmen.

(Art. 35, 36 EU – DSGVO)

Ansonsten ist die Aufsichtsbehörde zu konsultieren.

\* Die Aufsichtsbehörde soll gem. Art. 35, Abs. 4 und 5 eine Liste von solchen Verarbeitungstätigkeiten erstellen.



## Zuständigkeiten für Datenschutz (DSB) (Verträge)



In Organisationen ist die oberste Leitung auch für die Einhaltung von Datenschutzbestimmungen verantwortlich.

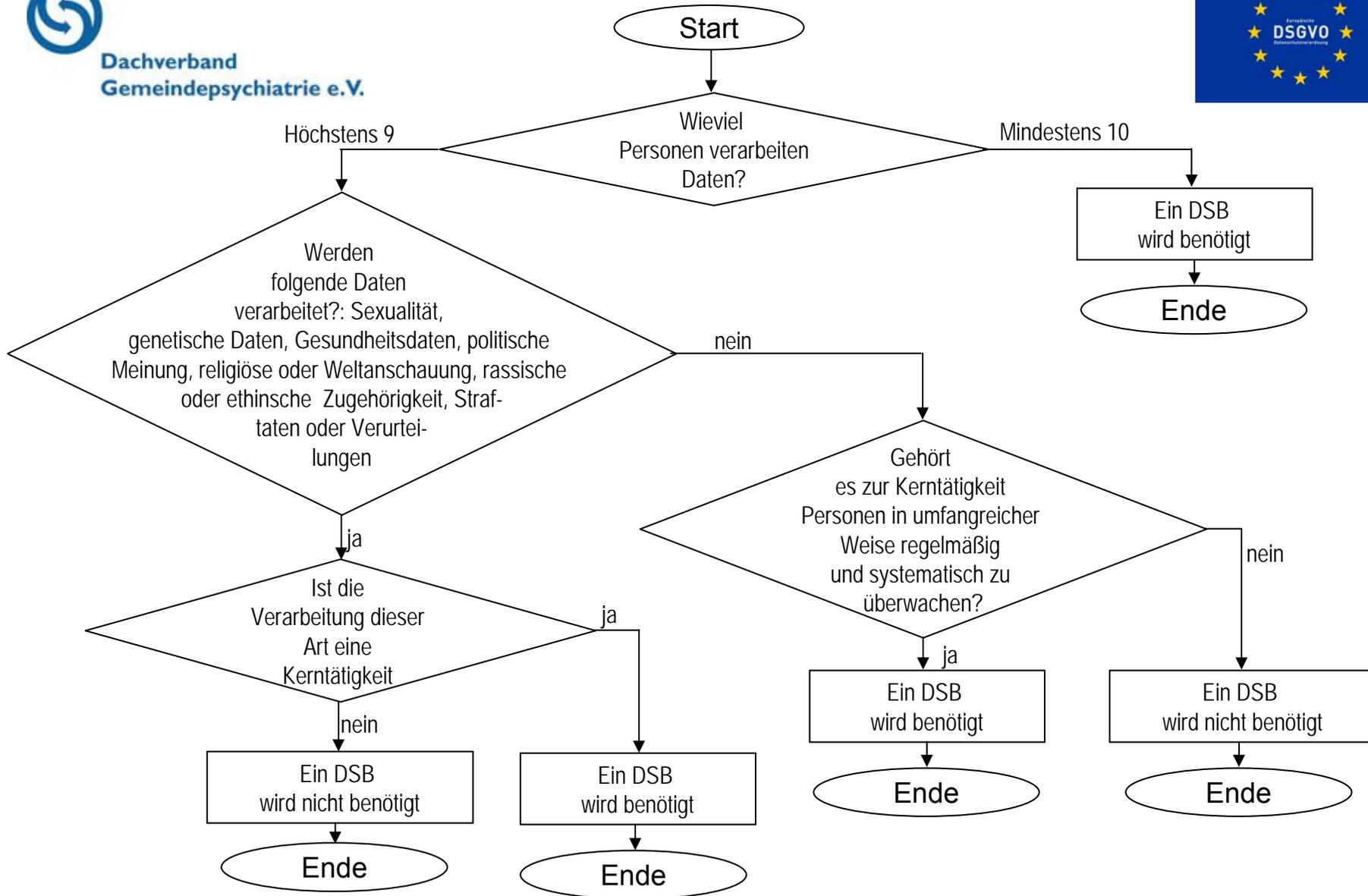
Die Leitung kann für die Überwachung etc. der Datenschutzbestimmungen in der jeweiligen Organisation einen Datenschutzbeauftragten (DSB) bestellen.

In bestimmten Fällen ist die Bestellung eines DSB vorgeschrieben.

- Wenn es zur Kerntätigkeit der Organisation gehört Daten gemäß Art. 9 EU – DSGVO zu verarbeiten,
- Wenn Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten verarbeitet werden.\*

Eine Unternehmensgruppe darf einen gemeinsamen DSB ernennen.

\* Hierzu gehören z.B. auch die Informationen aus den erweiterten Führungszeugnissen, von z.B. Mitarbeitern, die mit Kindern oder Jugendlichen arbeiten





# Aufgaben eines Datenschutzbeauftragten



- Unterrichtung und Beratung des Verantwortlichen und der Beschäftigten, die Verarbeitungen durchführen, hinsichtlich ihrer Pflichten von Datenschutzvorschriften;
- Überwachung der Einhaltung der einschlägigen Datenschutzvorschriften
- Überwachung der Strategien des Verantwortlichen beim Einhalten von Schutzvorschriften personenbezogener Daten einschließlich der Zuweisung von Zuständigkeiten,
- Sensibilisierung und Schulung der MitarbeiterInnen
- Beratung im Zusammenhang mit der Datenschutz-Folgenabschätzung und Überwachung ihrer Durchführung;
- Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde;
- Tätigkeit als Anlaufstelle für die Aufsichtsbehörde in mit Datenschutz zusammenhängenden Fragen, einschließlich der vorherigen Konsultation gemäß Artikel 36, und gegebenenfalls Beratung zu allen sonstigen Fragen.
- Der Datenschutzbeauftragte trägt bei der Erfüllung seiner Aufgaben dem mit den Verarbeitungsvorgängen verbundenen Risiko gebührend Rechnung, wobei er die Art, den Umfang, die Umstände und die Zwecke der Verarbeitung berücksichtigt.



## Externe Datenverarbeitung (Auftragsdatenverarbeitung)



- Erfolgt die Datenverarbeitung durch Dritte, so hat der Auftraggeber durch Vertragsgestaltung dafür Sorge zu tragen, dass der Auftragnehmer die Bestimmungen aus der EU –DSGVO und dem EU – DSAnpUG-EU einhält. (Art. 28 EU – DSGVO)
- Gibt der Datenverarbeitungsauftragnehmer wiederum einen Auftragsdatenverarbeiter den Auftrag oder einen Teil davon weiter, so ist der Auftraggeber darüber und über die Inhalte darüber zu informieren. Auch der Unterdatenverarbeitungsauftragnehmer muss die Einhaltung der entsprechenden Vorschriften nachweisen.
- Erlässt die EU in Folge hierzu noch Standardvertragsklauseln, so sind die bisher hierzu geschlossenen Verträge anzupassen. (Art. 28, Abs. 7 EU – DSGVO)



## Information der Personen, deren Daten erhoben werden



- Die betroffene Person muss über die sie betreffenden Daten informiert werden. (Art. 6, 7, 14 EU-DSGVO)
- Bei der Erfassung personenbezogener Daten muss die zu erfassende Person
  - über den Zweck informiert,
  - über die Gründe der Erfassung aufgeklärt,
  - die Art und Weise der Speicherung, Verarbeitung, Löschung informiert
  - erfahren, dass die Person das Recht hat auch nachträglich die Löschung ihrer Daten verlangen zu können (vorbehaltlich vertraglicher Verpflichtungen)umfassend und in einfacher und verständlicher Sprache informiert werden.
- Die Zustimmungseinholung darf nur für jeweils einen Zweck erfolgen (Verbot der konkludierenden Einverständniserklärung)



## Auskunfts-fähigkeit über Verarbeitungstätigkeiten



Die Organisation muss ein Verfahren entwickeln, mit dem sie auskunftersuchenden Personen

- schriftlich
  - in einer angemessenen Zeit (
  - über sie in der Organisation gespeicherte Daten und
  - ggf. übermittelte Daten (an wen, warum) an Dritte
- Auskunft geben kann. (Art. 12,15 EU – DSGVO)

Diese Auskunft muss alle Datenkategorien umfassen, den Zweck, der Speicherung, Verarbeitung sowie ggf. Empfänger bei Weitergabe in einfacher und verständlicher Sprache und übersichtlich sein.

Dabei muss der auskunftersuchenden Person auch mitgeteilt werden, dass für sie die Möglichkeit besteht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren (Art. 15, 1,f EU – DSGVO)



## Verfahren zur Überprüfung der Datensicherheit (Audit)



Die Organisation muss ein Verfahren entwickeln, mit dem sie

- regelmäßig
- den Zustand der Datensicherheit
- des Datenschutzes

und die

- Erfüllung der damit verbundenen Auflagen
- intern überprüfen kann.

(Dies sollte in Form eines Audits geschehen.

Diese Aufgabe sollte in Kooperation von

- Datenschutzbeauftragtem
- und
- einer weiteren von der Leitung beauftragten Person
- geschehen



## Verfahren zum Umgang mit Datenschutzunfällen I



Die Organisation muss ein Verfahren festlegen, wie die Auflagen erfüllt werden,  
- wie eine Verletzung „des Schutzes personenbezogener Daten“ innerhalb von  
72 Stunden an die Aufsichtsbehörde gemeldet wird.

Diese Meldung muss bestimmte Informationen zwingend enthalten

- Art der Verletzung,
- Angaben über die Datenkategorien,
- Anzahl der betroffenen Personen,
- Anzahl der Datensätze,
- Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten,
- Folgenbeschreibung für die betroffenen Personen,
- Beschreibung der durch die Organisation ergriffenen Maßnahmen.
- Der Vorgang ist, einschließlich aller damit im Zusammenhang stehender Fakten,  
deren mögliche Auswirkungen,  
der ergriffenen Abhilfemaßnahmen,  
zu dokumentieren. (Art. 34 EU – DSGVO, §§ 65, 66 EU – DSAnpUG-EU)



## Verfahren zum Umgang mit Datenschutzunfällen II



Auch die Personen, deren Daten bei einem Datenunfall betroffen sind, und wo „voraussichtlich ein hohes Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge“ besteht, müssen diese Personen unverzüglich darüber informiert werden.

Diese Information muss in einfacher und klarer Sprache erfolgen.

Nicht benachrichtigt müssen die betroffenen Personen, wenn

- die betroffenen Daten verschlüsselt sind,
- durch andere Maßnahmen sichergestellt ist, dass die Rechte der betroffenen Personen „aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr bestehen“.
- die einzelne Benachrichtigung unverhältnismäßig aufwendig ist.

In diesem Fall kann auch eine öffentliche Bekanntmachung, z.B. durch Anzeigen in Tageszeitungen erfolgen.

- Die Aufsichtsbehörde kann die entsprechende Organisation dazu verpflichten die Information der Betroffenen durchzuführen. (Art. 34 EU – DSGVO)



Zu den Aufgaben der für den Datenschutz in einer Organisation zuständigen Person gehört auch die Unterrichtung der in einer Organisation mit der Verarbeitung beschäftigten Personen zu Fragen der EU-DSGVO sowie sonstigen Datenschutzvorschriften (§ 4g Art. 39 Abs. 1 lit. b EU – DSGVO)

Dies ist immer dann Aufgabe des Datenschutzbeauftragten (DSB), wenn ein DSB in einer Organisation erforderlich ist. Ansonsten hat die oberste Leitung für die entsprechende Schulung direkt Sorge zu tragen.



- Aufnahme des Datenschutzes in die grundlegenden Dokumente der Organisation (Geschäftsordnung, Satzung, Konzeption etc.)
- Prozess zur Erstellung/Pflege des Verzeichnisses der Verarbeitungstätigkeiten erarbeiten und in das Organisationshandbuch einpflegen.
- Erstellung einer DS-Leitlinie und Aufnahme dieser in das Organisationshandbuch
- Verträge mit Auftragsdatenverarbeitern anpassen und in das Organisationshandbuch übernehmen.
- Ernennung/Beauftragung eine/s/r DSB und dieses der Aufsichtsbehörde mitteilen.
- Prozesse für Datenschutzunfälle, die Bearbeitung von DS-Anfragen und die Vorabprüfung erarbeiten und in das Handbuch einbinden.
- Datenschutzaudits erarbeiten und durchführen.
- Datenschulungen in den Prozess Personalentwicklung einpflegen



- Wie muss eine Datenschutzerklärung auf der Homepage meiner Organisation aussehen?
- Was muss alles wie in dieses Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten und was passiert dann damit?
- Was gehört in meinem Institut alles zu den TOMS (Technisch-organisatorischen Maßnahmen)?
- Mit wem muss ich alles eine Auftragsdatenvereinbarung abschließen? Wie muss diese aussehen?
- Datenschutzfolgeabschätzung - wann ist sie notwendig und wie sieht so etwas exemplarisch aus?*
- Wie mit Auskunftsersuchen umgehen, wenn zu befürchten ist, dass dahinter eine Abmahnkanzlei steckt?
- Muss ich ein Datenschutzaudit machen, auch wenn ich kein QM-System habe? Wie sieht so etwas aus?
- Benötige ich in meinem Institut Datenschutzsicherheitsleitlinien? Wie sieht so etwas exemplarisch aus?
- Muss jede Organisation Datenschutzziele für sich formuliert haben? Wie könnten diese aussehen? Wo müssen diese stehen?



## Bußgelder und Strafverfahren





Die Aufsichtsbehörde ist befugt

- vom Datenverarbeiter alle den DS befindliche Informationen zu verlangen
- Datenschutzüberprüfungen vorzunehmen,
- auf Verstöße hinzuweisen,
- Zugang dafür zu den Geschäftsräumen, den DV-Anlagen und –geräten zu erhalten. (§ 40, Abs. 5 EU – DSAnpUG-EU)

„Bei Nichtbefolgung einer Anweisung der Aufsichtsbehörde gemäß Artikel 58 Absatz 2 werden im Einklang mit Absatz 2 des vorliegenden Artikels Geldbußen von bis zu 20 000 000 EUR oder im Fall eines Unternehmens von bis zu 4% seines gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahres verhängt, je nachdem, welcher der Beträge höher ist.“ (Art. 83, Absatz 6, EU – DSGVO)



Die §§ 42, 43 EU – DSAnpUG-EU bedrohen bestimmte Verstöße sogar mit Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren.

Wer wissentlich personenbezogene Daten einer großen Anzahl von Personen

- einem Dritten übermittelt,
- auf andere Art und Weise zugänglich macht,
- und hierbei gewerbsmäßig handelt.

Wer personenbezogene Daten, die nicht allgemein zugänglich sind,

- und nicht dazu berechtigt ist,
- verarbeitet,
- durch unrichtige Angaben erschleicht
- dies gegen Entgelt tut, oder in dieser Absicht handelt,
- oder einen anderen damit schädigt,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe bestraft.



### § 43 Bußgeldvorschriften

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig der Aufsichtsbehörde ein neues Verfahren, was der Vorabprüfungspflicht unterliegt, nicht meldet, diese Meldung unvollständig und/oder falsch ist, einen Beauftragten für den Datenschutz nicht, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig bestellt,



- Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig bei der Datenübermittlung es an der notwendigen Sorgfalt fehlen lässt,
- bei der Auftragsdatenverarbeitung vor Beginn der Datenverarbeitung sich nicht von der Einhaltung der notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen überzeugt,
- bei der Datenverarbeitung für eigene Zwecke der Dateninhaber nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig unterrichtet oder nicht sichergestellt wird, dass der Betroffene Kenntnis erhalten kann,
- Über den Zweck der Datenverarbeitung ist der Dateninhaber nicht so unterrichtet, dass dieser den Inhalt versteht,



Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

die Daten zu anderen Zwecken verwendet werden als diese ursprünglich erhoben wurden,

Die Daten, die für einen anderen Zweck zur Verfügung gestellt wurden, in elektronische oder gedruckte Adress-, Rufnummern-, Branchen- oder vergleichbare Verzeichnisse aufnimmt,

die Daten erstmalig ohne das Wissen des Dateneinhabers gespeichert werden, und der Dateneinhaber darüber nicht umfassend informiert wurden. Geschieht dies nicht, nicht richtig oder nicht vollständig, handelt der Zuständige ordnungswidrig.



Erteilt die zuständige Stelle der nachfragenden Person nicht Auskunft über die über ihn gespeicherte Information, oder ist diese unvollständig oder geschieht dies nicht rechtzeitig.

Ist das Auskunftersuchen an anderer Stelle zu bearbeiten, so muss dies durch die annehmende Stelle sicher gestellt werden.

Die zuständige Stelle muss der Aufsichtsbehörde umfassend, unverzüglich und Auskunft geben. Kontrollen vor Ort müssen geduldet werden.

Anordnungen darf nicht zuwider gehandelt werden.



# Links und Hinweise



- Der Europäische Datenschutzbeauftragte  
[https://edps.europa.eu/edps-homepage\\_de](https://edps.europa.eu/edps-homepage_de)
- Die Datenschutzbeauftragte Deutschland  
[https://www.bfdi.bund.de/DE/Home/home\\_node.html](https://www.bfdi.bund.de/DE/Home/home_node.html)
- Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik  
[https://www.bsi.bund.de/DE/Home/home\\_node.htm](https://www.bsi.bund.de/DE/Home/home_node.htm)
- Datenschutz - in der Praxis umsetzen  
<https://www.datenschutz-praxis.de/fachnews/datenschutz-folgenabschaetzung-wann-und-wie-umsetzen/>
- Deutsche Vereinigung für Datenschutz  
<https://www.datenschutzverein.de/>
- Informationsportal für Datenschutzbeauftragte  
<https://www.datenschutzbeauftragter-info.de/>
- Dr. Thomas Pudelko [datenschutz@t-pudelko.de](mailto:datenschutz@t-pudelko.de)